

Wohnungsnot trifft vor allem Kranke und Arme

Fachtag diskutierte die besonderen Probleme süchtiger Wohnungsloser

Der diesjährige Fachtag „Begegnung mit süchtigen Klienten“, ausgerichtet von der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) in Zusammenarbeit mit dem Betreuungsgeschäftstag, der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit und dem Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik fand im Hamburger Rudolf-Steiner-Haus statt. Den Schwerpunkt bildete die Wohnungsproblematik für Suchtkranke.

HAMBURG. Die deutsche Suchtkrankenhilfe sei ein gutes System – aber leider nur für eine Minderheit: Lediglich ein Viertel aller in Frage kommenden Klienten finden Zugang zu den Hilfsangeboten, so Thomas Bader, Sprecher des Suchtfachausschusses der DGSP, der die Tagung mit dieser Bestandsaufnahme eröffnete. Er plädierte unter anderem für den verstärkten Ausbau regional überschaubarer Strukturen und ein stärkeres Miteinander aller Beteiligten. „Eine gut vernetzte Suchtkrankenhilfe kann nicht ausschließlich von den Fachdiensten organisiert werden“, so Bader. Er selbst könne zwar auch keine Patentlösungen präsentieren, „aber wir wollen Sie mit dieser Tagung sensibilisieren und Ihnen Mut machen zum genauen Hinsehen und Handeln“, sprach er die Tagungsteilnehmer an. Ziel solle es sein, Sucht- und Wohnungslosenhilfe im Interesse der Klienten besser miteinander zu vernetzen.

Beispielsweise nehmen nur 16 Prozent der Alkoholabhängigen in Deutschland qualifizierte Hilfen in Anspruch: Darauf wies Dr. Darius Chahmoradi Tabatabai hin. Der Chefarzt der Hartmut-Spittler-Fachklinik Berlin analysierte das Stigma Sucht in einer Gesellschaft, für die Alkohol als akzeptiertes Genussmittel zum Alltag und zur Geselligkeit gehöre – wobei er einräumte, dass der Alkoholkonsum stabil sei und nicht mehr steige. Die Kehrseite dieser Toleranz: Sobald jemand im engeren Sinne zu trinken beginne, überschreite er eine „unsichtbare Demarkationslinie“. Seine Umgebung schaue weg, ignoriere die Konsequenzen dauernder Überdosierung – und irgendwann folgten

Ablehnung und Isolierung, wenn der Betroffene sich sozial unangepasst verhalte und sich Folgeerkrankungen einstelle. Dr. Tabatabai schätzte die Zahl der Alkoholabhängigen hierzulande auf 1,77 Millionen.

Dieses ablehnende Verhalten könne in Deutschland seine Wurzeln auch im Erbgutgesundheits-Gedankengut der NS-Zeit haben, so Dr. Tabatabai: Trinker wurden geächtet und aus der Gesellschaft entfernt. Diese Einstellung dürfe Auswirkungen bis in die Gegenwart haben.

Unbewusste Haltungen, gekennzeichnet von moralischer Verurteilung, Dämonisierung der Sucht und einer bedrohlich gespürten Nähe zum Süchtigen, prägen laut Tabatabai die verbreiteten Einstellungen. Derlei aggressive und moralisierende Affekte spielen auch in der therapeutischen Behandlung hinein. Dabei seien die



Dr. Martin Reker leitet die Abteilung für Abhängigkeitsentwöhnungen an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bethel in Bielefeld. Fotos (3): Götsche

meisten Abhängigen durchaus zugänglich. Dr. Tabatabai zitierte die Ergebnisse einer Studie von 2006, wonach 66 bis 72 Prozent von befragten Betroffenen positiv darauf reagierten, angesprochen zu werden. „Eine 30-minütige Kurzintervention beim Hausarzt senkt bereits die Alkoholmenge messbar.“ Eine Therapie bringe



Thomas Bader (li.), Sprecher des Sucht-Fachausschusses der DGSP, und Dr. Darius Chahmoradi Tabatabai, Chefarzt der Hartmut-Spittler-Fachklinik Berlin.



seelischer Erkrankung, aber sie treffe häufig Kranke Menschen, und das sei ein Skandal.

Bereits die mühsame, oft vergebliche Suche nach Wohnraum kann psychisch krank machen. Darauf wies Stephan Nagel, Referent der Diakonie Hamburg, hin. Er gab einen umfassenden Überblick zum gegenwärtigen Wohnungsmangel, der vor allem Arme, psychisch eingeschränkte und behinderte Menschen sowie Migranten betrafte. „Die Marktmacht auf der Anbieterseite steigt.“

Gegenmaßnahmen wie die Mietpreisbremse würden bisher kaum Wirkung zeigen. Die Anknüpfung des sozialen

„Die Marktmacht auf der Anbieterseite steigt“

Wohnungspaus sei zwar grundsätzlich richtig, reiche aber bei weitem nicht aus – oft genug bediene sie nur das Investoreninteresse. Nagel forderte eine Neuordnung der Bestandspolitik: Der Zugang von Benachteiligten zum Wohnungsmarkt müsse erleichtert werden, entstehende Verträge mit der Wohnungswirtschaft seien zu schließen, kommunale Wohnungsunternehmen seien zu erhalten, diskriminierende Regeln, Praktiken und Vorurteile (beispielsweise gegenüber Hartz-IV-Empfängern und Migranten) bei der Wohnungsvergabe zurückzudrängen. Nagel machte auf folgenschwere Details aufmerksam: Viele Wohnungsunternehmen achten etwa darauf, dass die Warmmiete 25 Prozent des monatlichen Mieter-Einkommens nicht übersteigt. Bei niedrigen Einkommen würde die Miete aber schon mal 40 Prozent ausmachen – und damit falle der Interessent durch das Vergaberaster.

Nagel kritisierte auch die Leitidee der sozialen Mischung in Wohnblocks und Quartieren. „Hierbei nimmt man an, dass ein großer Anteil Benachteiligter negative Auswirkungen auf das Umfeld hat.“ Eine „gute Mischung“, so die Idee, würde das Wohngebiet aufwerten – und es wiederum für weitere Investoren interessant machen. „Damit reduziert sich der für Benachteiligte zugängliche Bestand noch weiter“, so Nagel.

Außerdem habe nicht das Wohnen Armer neben wohlhabenden Nachbarn eine positive Auswirkung auf das Quartier, sondern die Qualität des Umfelds, beispielsweise durch nahe Schulen und Kitas und gute Anbindung an Bus und U-Bahn. Die Schaffung einer guten sozialen Infrastruktur und weniger die soziale Mischung würde die Probleme benachteiligter Quartiere reduzieren.

Grundsätzlich kritisierte Nagel das soziale Konzept der Wohnfähigkeit: Damit blieben als „wohnunfähig“ eingestufte Menschen vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen und hätten kaum eine Chance, aus Einrichtungen oder besonderen Wohnformen herauszukommen – „eine Ruetsche nach unten in die chronische Wohnungslosigkeit“.

Das Phänomen der Wohnungsnot würde durch den Bau von Wohnraum für Flüchtlinge noch komplizierter: „Nach einer Änderung des Baugesetzbuches im vergangenen Jahr kann man jetzt solche Wohnungen schneller als vorher schaffen. Was wir seit 15 Jahren fordern, ist nun also möglich“, so Nagel. „Es hat also in der Vergangenheit nur am politischen Willen gefehlt.“ Er warnte jedoch eindringlich davor, im Rahmen dieser Diskussion ins rassistische Fahrwasser abzugleiten. Vielmehr könnten die aktuellen Entwicklungen auch Mut machen: „Es geht also: Veränderungen sind möglich.“ Es seien politische Forderungen zu stellen, anstatt sich in falscher Bescheidenheit zu üben. **Michael Götsche**